

**Änderungsantrag**  
(zu Drs. 16/901 und 16/992)

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 16.03.2009

**Gesellen an die Hochschulen - Neue Wege in die Hochschulen öffnen, Hürden abbauen und Anreize schaffen!**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/901

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 16/992

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Entschließung

Der Mangel an akademischem Nachwuchs erweist sich in Deutschland zunehmend als Achillesferse im Innovationswettbewerb der führenden Industrienationen. Laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft fehlen in Deutschland 144 000 Fachkräfte, darunter besonders Ingenieure und IT-Fachkräfte. Fachkräftemangel entwickelt sich so zur Wachstumsbremse und hat längst auch Niedersachsen erreicht. Mehr als jedes sechste Unternehmen in Niedersachsen hat Schwierigkeiten, seine Ingenieursstellen zu besetzen. Auch in Handwerksbetrieben bleiben neuerdings viele Ausbildungsplätze für Elektroinstallateure, Metallbauer, Feinmechaniker oder Anlagenmechaniker unbesetzt. Demografiebedingt wird sich die Fachkräftelücke weiter vergrößern: Schon in den nächsten Jahren werden mehr gut ausgebildete Arbeitskräfte aus Altersgründen den Arbeitsmarkt verlassen als junge neu eintreten. Gleichzeitig wird der sektorale Strukturwandel hin zu wissensintensiven Wirtschaftszweigen und wachsender Innovationsdruck auch bei den klein- und mittelständischen Unternehmen den Bedarf an qualifizierten Fachkräften weiter wachsen lassen.

Um dem Fachkräftemangel wirksam entgegenzusteuern, muss es Niedersachsen besser als bisher gelingen, vorhandene Bildungsreserven im eigenen Land zu mobilisieren, die niedrige Studierquote zu erhöhen und das im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Qualifikationsniveau seiner Erwerbstätigen zu verbessern.

Ein wichtiger Schlüssel hierfür sind die Neugestaltung des Übergangs zwischen Berufsbildungs- und Hochschulsystem und die breite Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte Absolventen der beruflichen Bildung stellen ein erhebliches, bisher wenig genutztes Potenzial zur Steigerung der Akademikerquote dar. Zwar können Meister, Techniker, Betriebswirte und Berufstätige mit entsprechenden Qualifikationen schon jetzt ohne Abitur in Niedersachsen an allen Hochschulen studieren. Doch die Möglichkeiten sind kaum bekannt und nur wenige nutzen sie: der Anteil beruflich qualifizierter an den Studierenden im 1. Hochschulsemester beträgt weniger als 1 %. Um eine breitere Beteiligung und höhere Akzeptanz zu erreichen, müssen neben den rechtlichen vor allem die materiellen Rahmenbedingungen des Hochschulzugangs und des Studiums verbessert werden.

Der Landtag setzt sich für einen offenen Hochschulzugang ein, der möglichst vielen jungen Menschen die Chance eines Hochschulstudiums bietet. Er sieht in der Eröffnung von neuen Bildungswegen und der Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung einen notwendigen Beitrag zu mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und zugleich die Verbesserung des Menschenrechts auf Bildung. Auch den Personengruppen mit beruflicher Qualifikation oder „ungewöhnlichen Bildungsbiographien“ muss der allgemeine Hochschulzugang offen stehen, damit sie ihr Recht auf Weiterbildung, persönliche Selbstverwirklichung und Erkenntnisstreben wahrnehmen können.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf,

- die bereits von der SPD-Vorgängerregierung im Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) eröffneten beruflichen Wege zum Hochschulzugang weiter auszubauen. Zukünftig sollen über die bereits bestehenden beruflichen Zugangswege hinaus erworbene Kompetenzen im Beruf, in der beruflichen Bildung und in der Weiterbildung beim Hochschulzugang anerkannt werden. Beruflich Qualifizierten wird nach dreijähriger Berufstätigkeit der allgemeine Hochschulzugang ohne besondere Eignungsprüfung eröffnet, beruflich Qualifizierte ohne weitere Berufstätigkeit wird der fachspezifische Hochschulzugang ohne besondere Eignungsprüfung eröffnet.
- den Übergang vom Beruf ins Studium durch die breite Anrechnung nachgewiesener Kompetenzen in der Ausbildung, im Beruf und der Weiterbildung auf die erforderlichen Studienleistungen zu erleichtern.
- ein attraktives Anreizsystem für die Hochschulen aufzubauen, durch das Hochschulen belohnt werden, die neue Studienangebote für die Zielgruppe der beruflich Qualifizierten schaffen. Hierzu gehören:
  - Ausbau der dualen Studienangebote in Kooperation mit der Wirtschaft,
  - Ausbau echter Teilzeitstudiengänge,
  - Einführung eines berufsbegleitenden Bachelors.
- dem im internationalen Vergleich großen Rückstand Deutschlands bei der Weiterbildung durch eine bessere Verknüpfung der Berufsausbildung mit Höherqualifizierung und einer gezielten Förderung von Weiterbildungsstudiengängen an Hochschulen gegenzusteuern.
- jungen Menschen, die in Niedersachsen eine Ausbildung im dualen oder Schulberufssystem absolvieren, die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Ausbildung mit einem Berufsabitur als zweitem Regelabschluss abzuschließen.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein Bundesgesetz zur Hochschulzulassung zustande kommt, das nicht hinter die derzeitigen Regelungen in Niedersachsen zurückfällt. Die derzeit äußerst stark voneinander abweichenden und wenig transparenten Länderregelungen stellen eine vermeidbare Barriere für beruflich Qualifizierte dar, ein Studium anzustreben.
- die Studienfinanzierung sicherzustellen und sich für eine Reform des BAföG einzusetzen, die einen gesetzlichen Förderanspruch für beruflich Qualifizierte schafft. Zukünftig soll nicht das Lebensalter und unter Umständen das Einkommen der Eltern, sondern die durchschnittliche Studiendauer des angestrebten Abschlusses die Bezugsdauer für den Erhalt des BAföG bestimmen. Auch Teilzeitstudierende müssen bei Erfüllung der Sozialkriterien ein Anrecht auf BAföG erhalten. Die BAföG-Leistungen werden künftig als Vollzuschuss gewährt. Darüber hinaus werden in Niedersachsen sämtliche Formen von Studiengebühren abgeschafft.
- die Errichtung einer „Offenen Hochschule“ zu prüfen, die entweder als Fernuniversität angelehnt an das Modell der Open University in Großbritannien oder an das finnische Modell einer Offenen Hochschule anknüpft und dem Landtag im Herbst 2009 von der Prüfung zu unterrichten.

#### Begründung

Die Änderungen im Vergleich zum Ursprungsantrag der SPD-Fraktion sind vor allem notwendig, um die Teilhabechancen der Menschen ohne Abitur noch besser gestalten zu können. Ergänzend zu der Drucksache 16/901 wird im einleitenden Abschnitt Bildung nicht nur als notwendige Maßnahme zum Erhalt des wirtschaftlichen Wohlstands einer signifikanten Bevölkerungsanzahl angesehen, sondern auch als zu fördernde individuelle Bereicherung ohne kapitalistischen Verwertungszweck erachtet.

Abweichend vom Ursprungsantrag wird die Landesregierung aufgefordert, sich für eine bundesgesetzliche Regelung der Hochschulzulassung einzusetzen und dabei nicht hinter den bisherigen Status Quo in Niedersachsen zurückzufallen. Darüber hinaus greift eine BAföG-Reform, die die Alters-

grenze fallen lässt und deren Dauer sich am angestrebten Abschluss orientiert, zu kurz. Die Leistungen gemäß BAföG müssen zukünftig elternunabhängig als Vollzuschuss für die Dauer der tatsächlichen durchschnittlichen Studienzeit gewährt werden. In der Regel liegt diese Studienzeit deutlich über der Regelstudienzeit des angestrebten Abschlusses.

Ergänzt wird der Forderungskatalog durch die fachspezifische Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte ohne Berufserfahrung sowie einen Blick über den nationalen Tellerrand. Es gibt erfolgreiche Projekte einer offenen Hochschule im Ausland, die bildungsferne Schichten zu einem Hochschulabschluss bringen. In Großbritannien kann man sich an einer Fernuniversität ohne Qualifikationsnachweis einschreiben und ein Studium beginnen; in Finnland kann man etwa während der Sommerpause ohne Zugangshürden Kurse besuchen und Leistungsscheine erwerben, die ab einer bestimmten Anzahl zur Immatrikulation an einer Hochschule berechtigen. Solche Modelle möge die Landesregierung prüfen und gegebenenfalls auf Niedersachsen übertragen.

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin